

**Chronik Jüdische Gemeinde in Varel -  
Erinnerungsarbeit  
1945 bis 2025**

## 1948 bis 1952: Ermittlungsverfahren und Urteile zum Pogrom und Synagogenbrandstiftung vom November 1938 in Varel

Im **März 1948**, knapp drei Jahre nach dem Ende des NS-Regimes, beginnt das Ermittlungsverfahren wegen der Synagoge-Brandstiftung und der in diesem Zusammenhang erfolgten Terrormaßnahmen gegen jüdische Bürger in Varel.

Große Schwierigkeiten bereitet der Strafjustiz die Tatsache, dass die beiden der unmittelbaren Brandsetzung verdächtigen SS-Angehörigen Ulfers und Schubert, einige als Mitwirkende bzw. Verdächtige ermittelte SA-Funktionäre, sowie der Polizeibeamte Wehrenberg und der stellvertretende NSDAP-Kreisleiter Hans Hahn entweder bereits gestorben, gefallen oder noch vermisst sind.

Zudem kann der Verbleib wichtiger Zeugen, vor allem der später emigrierten jüdischen Bürger, zu damaliger Zeit nicht ausfindig gemacht werden.

Am **22. Juli 1948** wird dem Niedersächsischen Minister der Justiz der Abschluss des staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahrens mitgeteilt.

Insgesamt werden **neunzehn Personen** in Varel ermittelt, gegen die im Verlaufe des Ermittlungsverfahrens stärkere Verdachtsmomente aufgekommen sind.

Am **6. März 1950** erhebt die Staatsanwaltschaft vor dem Landgericht Oldenburg Anklage gegen folgende noch lebende Verdächtige:

- Den landwirtschaftlichen Arbeiter **Georg Heinrich Lübben**, wohnhaft in Borgstede (Gemeinde Varel-Land).
- Den Rechtsbeistand **Johannes Moritz Büppelmann**, 52 Jahre alt, wohnhaft in Varel, Schulstraße 12.
- Den Gastwirt des „Schütting“, **Ernst Wilhelm Karl Martins**, 59 Jahre alt, wohnhaft in Langendamm (Gemeinde Varel-Land).
- Den Baumeister **Hermann Friedrich Karl Marschall**, 42 Jahre alt, wohnhaft in Varel, Schüttingstraße 7.

Die genannten Personen sind angeklagt, als Rädelsführer bzw. selbst als Täter Gewalttätigkeiten gegen Personen begangen oder Sachen geplündert oder zerstört, vorsätzlich und widerrechtlich Menschen eingesperrt oder auf andere Weise des Gebrauchs der persönlichen Freiheit beraubt zu haben, wobei die Freiheitsentziehung zum Teil über eine Woche gedauert hatte.

Ferner wird allen vier Angeklagten vorgeworfen, ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen zu haben.

In den Verhandlungen vor dem Schwurgericht in Oldenburg wird dann, soweit möglich, der Ablauf der Ereignisse in Varel noch einmal rekonstruiert.

In seiner Sitzung am **27./28. Juli 1950** verurteilt das Schwurgericht des Landgerichts Oldenburg den Angeklagten **Lübben** wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit in Tateinheit mit Landfriedensbruch und Freiheitsberaubung in zwei Fällen zu einer **Gefängnisstrafe von acht Monaten**.

Der Angeklagte **Büppelmann** erhält wegen der gleichen Verbrechen eine **Gefängnisstrafe von einem Jahr und sechs Monaten**, der Angeklagte **Martins** eine **Gefängnisstrafe von einem Jahr**.

Die Angeklagten Lübben, Büppelmann und Martins haben die Kosten des Verfahrens zu tragen. Gegen den Angeklagten **Marschall** wird das **Verfahren auf Kosten der Staatskasse** eingestellt.

Aus heutiger Sicht bleibt die Frage, ob angesichts der Zeitumstände und Schwierigkeiten wirklich alle an der Brandstiftung und den nachfolgenden Misshandlungen und Plünderungen beteiligten Personen ermittelt und wegen ihres Handelns zur Rechenschaft gezogen werden.

Vor allem die Rolle des NSDAP-Kreisleiters Hans Flügel bei den Ereignissen in der Stadt Varel bleibt ungeklärt, er wird aber in einem anderen Verfahren wegen erwiesener Beteiligung an der Synagogen-Brandstiftung in Jever verurteilt.

**Johannes Büppelmann geht gegen das Urteil in Revision**, der vom Bundesgerichtshof in Karlsruhe stattgegeben wird. In der nachfolgenden erneuten Verhandlung vor der Ersten Strafkammer in Oldenburg im **Mai 1952** wird seine Strafe wegen „Freiheitsberaubung“ auf die Hälfte reduziert (acht Monate Gefängnis), da der noch aus alliierter Gesetzgebung resultierende Tatbestand „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ im deutschen Strafrecht nicht mehr existiert.

In der Urteilsbegründung stellte der Vorsitzende zu den Milderungsgründen fest, „daß Büppelmann zur Zeit der Tat ein Opfer der Psychose, die durch jahrelange Zweckpropaganda der Nationalsozialisten ausgelöst war, gewesen sei“.

Erschwerend wird Büppelmann allerdings weiterhin zur Last gelegt, daß „er aktives Mitglied der SA war und als solcher bewußt und vorsätzlich an der Verfolgung der Juden aus rassistischen sowie politischen Gründen teilgenommen habe“.

Quellen im **Niedersächsischen Landesarchiv Oldenburg**:

**Rep 945, Bestand 140-4 (Generalstaatsanwaltschaft Oldenburg), Nr. 920**: Strafverfahren gegen den landwirtschaftlichen Arbeiter Georg Lübben, Borgstede bei Varel, den Rechtsbeistand Johannes Büppelmann, Varel, den Gastwirt Ernst Martins, Langendamms Kreis Friesland und den Baumeister Friedrich Marschall, Langendamms Kreis Friesland, wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit (Ausschreitungen gegen die Juden und Inbrandsetzung der Synagoge in Varel am 9. und 10.11.1938).

**Rep 946, Best. 140-5 (Staatsanwaltschaft Oldenburg), Nr. 102**: Ermittlungsverfahren gegen den Klempnermeister Bernhard Holjewilken, Varel, und andere wegen Inbrandsetzung der Synagoge in Varel 1938.

**Presse:**

Berichte über das Urteil vom Juli 1950 und zum revidierten Urteil von Büppelmann im Mai 1952 in „Nordwest-Zeitung“, 29. Juli 1950 und 14. Mai 1952.

### **1949 bis 1950er: „Gerade in einem Ort wie Varel herrscht eine allgemeine Stimmung gegen die Wiedergutmachung im allgemeinen und gegen (...) Antragsteller im Besonderen.“**

Nach Verabschiedung der ersten deutschen Entschädigungs- und Restitutionsgesetze beginnt Ende der 1940er Jahre das, was man rückblickend als „Wiedergutmachung“ bezeichnet.

Dazu zählt die Entschädigung für den Vermögensraub aller Art, der den deutschen Juden bis 1945 durch Zwangsabgaben an den Staat („Judenvermögensabgabe“, „Reichsfluchtsteuer“ u.a.), Zwangsverkäufe an „Arier“, entschädigungslose Enteignungen usw. widerfahren war. Die Kompensation für das erlittene Unrecht besteht in diesen Fällen aus einer Entschädigungszahlung oder Rückerstattung der entzogenen Vermögensgegenstände.

Dort, wo der Staat selbst oder ehemalige nationalsozialistische Organisationen Profiteure des Raubzuges gewesen waren, gibt es in der deutschen Öffentlichkeit gegen eine „Wiedergutmachung“ in der Regel wenig Bedenken oder Widerstand. Dies betrifft vor allem die ehemaligen Synagogen- und Friedhofsgrundstücke.

Einen Ausnahmefall bildet in Varel das zuvor private Grundstück der Familie Weinberg in der Schüttingstraße, in der von 1937 bis 1942 ein Jüdischen Altenheim untergebracht war und das 1942 von der Reichsfinanzverwaltung beschlagnahmt wurde.

Im Fall von sonstigen privaten Restitutionsfällen in Varel (Beispiele: „arisierter“ Grundbesitz Ehepaar Rose in der Elisabethstraße, Familie Visser in der Oldenburger Straße, Ehepaar Neumann in der Drostestraße, Ehepaar Frank in der HansasträÙe, Familie Schwabe-Barlewin in der Haferkampstraße, ehemalige Leder- und Treibriemenfabrik bzw. Grundstücke der Fabrikantenfamilie Schwabe am Steinbrückenweg usw.) zählen die „Anspruchsgegner“ zu den ehemaligen einfachen „Volksgenossen“ der NS-Zeit.

Diese sehen sich nun oft als „gutgläubige Erwerber“ des ehemaligen jüdischen Besitzes und können oder wollen sich an die Zwangslage der damaligen Verkäufer nicht mehr erinnern.

Gestritten wird, ob die damaligen Kaufpreise angemessen gewesen seien und in welcher Weise die zwischenzeitlich vorgenommenen „Werterhaltungsmaßnahmen“ zu bewerten sind. Viele der „arischen“ Neueigentümer sehen sich angesichts des Begehrens der vertriebenen und verfolgten Juden nun selbst als „Opfer“.

In Varel, wo der Nationalsozialismus in der Bevölkerung vor allem ab 1930 und vielfach noch bis zum Ende des NS-Regimes im Mai 1945 auf große Zustimmung getroffen war, sorgt diese „Wiedergutmachung“ daher für stetigen Ärger.

Grundsätzlich trifft wohl zu, was 1952 der Vertreter einer jüdischen Rechtshilfeorganisation im Zusammenhang mit einem Restitutionsverfahren zum Ehepaar Rose feststellt: **„Gerade in einem Ort wie Varel herrscht eine allgemeine Stimmung gegen die Wiedergutmachung im allgemeinen und sicherlich auch gegen den Antragsteller im besonderen.“**

Die Verfahren ziehen sich teils bis in die späten 1950er Jahre hin.

In den meisten Fällen einigen sich die nichtjüdischen Erwerber in Varel mit den Emigrierten oder Rechtsnachfolgern der Geschädigten auf eine Ausgleichszahlung bzw. werden durch Gerichtsbeschluss zu einer Ausgleichszahlung an die Geschädigten verpflichtet.

In wenigen Fällen kommt es zu einer Rückerstattung an die Vorbesitzer (z.B. bei der Familie Schwabe-Barlewin in der Haferkampstraße; bei Johanne Titz, geborene Weinberg, als Rückkehrerin nach Varel einzige Überlebende der Familie Weinberg, in der Schüttingstraße 13).

## **1951 bis 1959:**

### **Restitutionsverfahren Jüdischer Friedhof Varel-Hohenberge**

Am **8. August 1951** wird durch die „Jewish Trust Corporation for Germany“ (JTC), Regional-Office Hannover, als Rechtsnachfolger und Treuhänder der ehemaligen Jüdischen Gemeinde Varel als Rechtsnachfolger und Treuhänder der Jüdischen Gemeinde Varel ein **Rückerstattungsanspruch bezüglich des Friedhofsgrundstückes in Varel-Hohenberge** angemeldet.

Mit Beschluss des Allgemeinen Organisations-Ausschusses (AOA) in Celle vom **10. Januar 1952** werden die Eigentumsrechte am Friedhofsgrundstück kostenfrei auf die „Jewish Trust Corporation for Germany“ übertragen. Das Grundstück wird nach einem Schenkungsvertrag vom **13. Juli 1959** von der JTC an den Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Niedersachsen übertragen, der bis heute Eigentümer des Grundstücks ist.

Quelle: Rückerstattungsarchiv Bundesamt für Zentrale Dienste und Offene Vermögensfragen Berlin (BADV), Signatur 840 (2. Sache).

## 1951 bis 1957: Restitutionsverfahren Grundstück Synagoge Osterstraße 10

Am **14. Dezember 1951** wird durch die „Jewish Trust Corporation for Germany“ (JTC), Regional-Office Hannover, als Rechtsnachfolger und Treuhänder der Jüdischen Gemeinde Varel ein **Rückerstattungsanspruch bezüglich des Synagogengrundstückes in der Osterstraße 10** angemeldet. Nach der Zerstörung der Synagoge beim Novemberpogrom 1938 war das Grundstück in den Besitz des Vareler Arztes Dr. Wilhelm Maaß gelangt.

Anspruchsgegner ist der Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches, hier vertreten durch die Oberfinanzdirektion Hannover.

Der Rückerstattungsanspruch der JTC wird am **6. September 1957** zurückgenommen wegen eines Globalabkommens mit dem Bundesministerium der Finanzen.

Dr. Wilhelm Maaß zahlt einen Ausgleichsbetrag.

Quelle: Rückerstattungsarchiv Bundesamt für Zentrale Dienste und Offene Vermögensfragen Berlin (BADV), Signatur 840 (4. Sache).

## 1953: Yad Vashem/Israel und Varel im „Tal der Gemeinden“

Yad Vashem (englische Transkription von hebräisch יד ושם „Denkmal und Name“) ist die Bezeichnung für die „Gedenkstätte der Märtyrer und Helden des Staates Israel im Holocaust“, der wichtigsten Gedenkstätte, die an die nationalsozialistische Judenvernichtung erinnert und sie wissenschaftlich dokumentiert.

Die Gedenkstätte befindet sich in Jerusalem.

Sie wird durch das Yad-Vashem-Gesetz, das die Knesset (Parlament in Israel) am 19. August 1953 beschließt, als eine staatliche Behörde gegründet.

Auf einer Fläche von etwa einem Hektar wird dort im „Tal der Gemeinden“ (hebr.: בקעת הקהילות, Bik'at haKehilot) auf 107 Steinwänden der über 5000 jüdischen Gemeinden, die während der Shoa ganz oder teilweise vernichtet wurden, gedacht.

Im Mittelpunkt des Denkmals steht das Beit Hakehillot (Haus der Gemeinden), das eine Galerie für temporäre Ausstellungen beherbergt. Ein kurzer Film zeigt die Welt, wie sie einst war.

Architekten sind Dan Zur und Lipa Yahalom.

An einer Steinwand findet sich neben Jever auch der Name von Varel.



Abb.: Impressionen zum „Tal der Gemeinden“ bei der Gedenkstätte Yad Vashem, Israel.



Abb.: Erinnerung an Jüdische Gemeinde in Varel im „Tal der Gemeinden“ bei der Gedenkstätte Yad Vashem, Israel.

## 1960:

### 21. August 1960: Jugendliche der „Naturfreunde“-Jugend auf dem Jüdischen Friedhof in Hohenberge

Unter dem Datum **21. August 1960** findet sich in Vareler Akten ein Nachweis über das nach 1945 wohl erste sichtbare freiwillige bürgerschaftliche Engagement auf dem Friedhof:

Anlässlich einer Wanderung der Jugendgruppe des „Touristenvereins der Naturfreunde“ in Varel besichtigten zehn Jugendliche im Alter von 15 bis 20 Jahre den Friedhofshügel. Angesichts des Zustandes entschlossen sie sich, Aufräumarbeiten vorzunehmen. Die Aktion entstand aus dem Gedanken, „dort Ordnung zu schaffen“.

Der „Touristenverein“ war in Deutschland bereits vor 1933 im Umfeld der Arbeiterbewegung gegründet worden, von den Nazis verboten und aufgelöst worden und nach 1945 neu entstanden. Die Position des Vorsitzenden der Vareler Gruppe bekleidete Ernst Henkel aus der Koppenstraße, während der revolutionären Bestrebungen 1918/19 sozialdemokratisches Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates in Varel.

### 1961 bis 1968: Keine öffentlichen Veranstaltungen und Initiativen oder besondere Ereignisse in der „Erinnerungsarbeit“ für Varel überliefert

**1969:**

**3. November bis 8. Dezember 1969: Jugendseminar; Gedenkveranstaltung zum Jahrestag der Pogromnacht im November 1938 und „Gespräch mit Lehrern“ (Evangelische Kirchengemeinde Varel, Pastor Hans-Joachim Jürgens, Obenstrohe)**

### **Gedenken auf jüdischem Friedhof**

ZN Varel. Unter der Leitung von Pastor H. J. Jürgens (Obenstrohe) wird von der Evangelischen Kirchengemeinde Varel in der Zeit vom 3. November bis 8. Dezember das 7. Evangelische Jugendseminar veranstaltet. Es steht unter dem Thema „Gespräche“ Die Eröffnungsveranstaltung ist am heutigen Montag um 19.30 Uhr im Gemeindehaus neben der Vareler Schloßkirche. Am „Gespräch mit Lehrern“ sind beteiligt: Oberstudienrat Kösters, Realschullehrer Wilkens, Studienrat Punzel und Studienrat Goebel.

Am 9. November, dem Tage des Hitlerputsches 1923, und vor allem in schrecklicher Erinnerung an den 31. Jahrestag der „Reichskristallnacht“ 1938, wird ein Gedenken auf dem jüdischen Friedhof Hohenberge sein. Dabei „soll exemplarisch deutlich gemacht werden, wie wichtig es ist, Vorurteile abzubauen“ oder überhaupt nicht aufkommen zu lassen.



Der jüdische Friedhof in Hohenberge. Die Grabsteine sind wieder aufgestellt, nachdem sie im „Dritten Reich“ weggeschafft worden waren. Bild: Hinck

Abb.: Ankündigung in „Nordwest-Zeitung - Der Gemeinnützig“, 3. November 1969.

Abb.: Foto Hinck und Bildunterschrift aus dem Bericht in „Nordwest-Zeitung - Der Gemeinnützig“, 10. November 1969.

Aus dem Veranstaltungsbericht:

„Stunde der Besinnung. Protest gegen die Niedertracht des Antisemitismus.

Varel-Hohenberge. Auf Grund einer Anregung des Evangelischen Jugendseminars Varel-Land fand am gestrigen Sonntag auf dem Jüdischen Friedhof Hohenberge eine Stunde der Besinnung statt. Zu ihr hatten sich Angehörige aller Generationen eingefunden.

Eingangs erinnerte ein Sprecher daran, daß auf den Tag vor genau 31 Jahren die sogenannte 'Reichskristallnacht' die zivilisierte Menschheit erschütterte. Inmitten des Friedhofs lasen Jugendliche aus verschiedenen Dokumenten. (...).

Die Stunde der Besinnung schloß mit Worten Jesu: 'Ich aber sage euch, schon wer seinen Bruder zürnt und seinen Haß auf ihn wirft, gehört vor Gericht.' (...).“

Quelle: Bericht in der „Nordwest-Zeitung, Der Gemeinnützig – Der Gemeinnützig“, 10. November 1969.

**1970 bis 1974: Keine öffentlichen Veranstaltungen und Initiativen oder besondere Ereignisse in der „Erinnerungsarbeit“ für Varel überliefert**

1975:

September/November 1975: Abriss „Schwabe-Villa“ in der Haferkampstraße

## „... zum Wohle der Bevölkerung“

Häuser sollen abgerissen werden

Varel. Stadtdirektor August Osterloh bezeichnet sie als „völlig wertlos“, Heimatvereinsvorsitzender Schütte hält sie für baufällig und fürchtet um die Köpfe der Vareler, auf denen eventuell ein Stück Verzierung landen könnte, während sie für einige Ratsherren eine echte Verkehrsbehinderung darstellen: Die beiden städtischen Gebäude in der Haferkampstraße 10, die schon oft Gegenstand von Ausschusssitzungen waren (wir berichteten).

Nach einigem Hin und Her steht nun endgültig fest, daß Wohnhaus und Lagerhalle abgerissen werden. Zum „Wohle der Bevölkerung“ versteht sich. Denn den Bürgern wird sich die Haferkampstraße eines Tages, nach Meinung des SPD-Pressesprechers Willy Ritterbusch, als Paradiesstück präsentieren.

Nun, zur Zeit ist die Haferkampstraße noch Sanierungsgebiet — und „...nieren heißt für uns im wesentlichen Abbruch, alles andere sind intellektuelle Hirngespinnste“ wie SPD-Fraktionsvorsitzender Karl Heinz Funke kürzlich im Rahmen einer Diskussion auf die Frage erklärte, inwieweit die Stadt bereit sei, ältere Bausubstanz zu erhalten. „Schließlich“ so hatte Funke bekräftigt, „haben wir die Mühle, und das reicht“

Funke war es auch, der den Abbruch der beiden Häuser im Verwaltungsausschuß wieder zur Sprache brachte. „Die SPD-Fraktion ist der Ansicht, daß die Gebäude umgehend abgerissen werden sollten“ hatte er berichtet. Der Ausschuß beschloß entsprechend. Obwohl noch keine Pläne über die spätere Verwendung des Grundstückes vorliegen, wurde das

Bauamt beauftragt, den Abbruch des Wohnhauses auszu-schreiben. Mit dem Abbruch des Lagerhauses wurde bereits ein Unternehmer beauftragt.

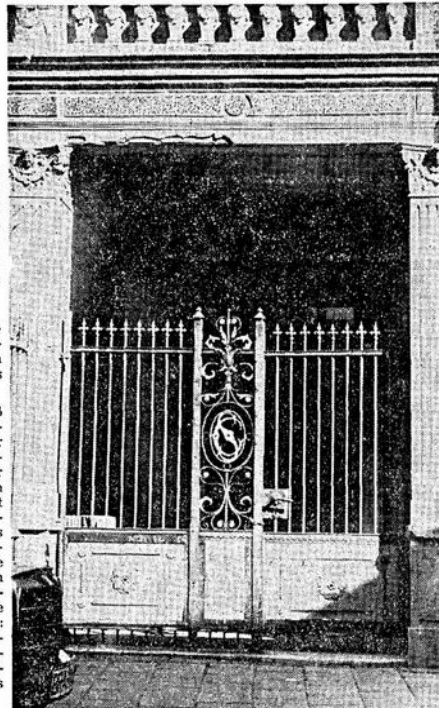
Es ist nicht das erstmal, daß ein Haus in der Haferkampstraße „dem Bagger zum Opfer fällt“ Das Gebäude Haferkampstraße 18 beispielsweise war von den Ausschußmitgliedern vor wenigen Monaten als nicht erhaltenswürdig erklärt und abgerissen worden. Ein Haus, das nach Auskunft des Fachdezernenten für Denkmalspflege beim Verwaltungspräsidium in Oldenburg, Dr. Pause, eine ausgesprochen originelle Bauweise aufzuweisen hatte. Dr. Pause: „Ein Unikum, wie ich es im Oldenburger Land noch nicht gesehen habe“ Osterloh, daraufhin angesprochen, gab zu: „Das haben wir nicht gewußt“

Wissen konnte das auch niemand, weil weder die Ratsherren noch die Verwaltung es für nötig gehalten hatten, sich mit dem Fachdezernenten in Verbindung zu setzen, um sich über Wert oder Wertlosigkeit des Hauses zu informieren. Und das, obwohl, laut Dr. Pause, zumindest der Bauaufsichtsbehörde hätte klar sein müssen, daß die Niedersächsische Bauordnung die Einschaltung der Denkmalschutzbehörde in bestimmten Fällen vorschreibt.

„Selbst wenn“ so erklärte der Dezernent, „ein Haus abgebrochen werden muß, weil die Kosten für die Erhaltung ein vertretbares Maß überschreiten, haben wir ein Interesse daran, das Bauwerk zu dokumentieren. Dazu muß man uns die Möglichkeit geben.“

Über den Wert älterer Gebäude nachzudenken, damit hat man in vielen Großstädten längst begonnen. Die Entwicklung, die in diesen Städten bereits geendet hat — nämlich zunächst einmal möglichst viel abzureißen und erst, wenn es schon fast zu spät ist, jedenfalls. Noch das zu erhalten, was übrig blieb, machen Städte wie Varel, nach Auskunft Dr. Pauses, jetzt erst durch. Der Fachdezernent: „Die Leute haben augenblicklich noch kein Interesse an der Erhaltung älterer Bausubstanz, weil sie nicht wissen, was sie Gutes haben“

Dagmar de Levie



Das Eingangsportal (oben) und der Säuleneingang (unten) im ersten Stock des Hauses Haferkampstraße 10 seien, laut Pause, mit Sicherheit Denkmäler, die erhalten werden müßten.

Bilder: de Levie (1), Müller (2)



Unbedingt sichergestellt werden muß, nach Ansicht Pauses, dieser Kachelofen, der im Wohnhaus Haferkampstraße 10 steht.

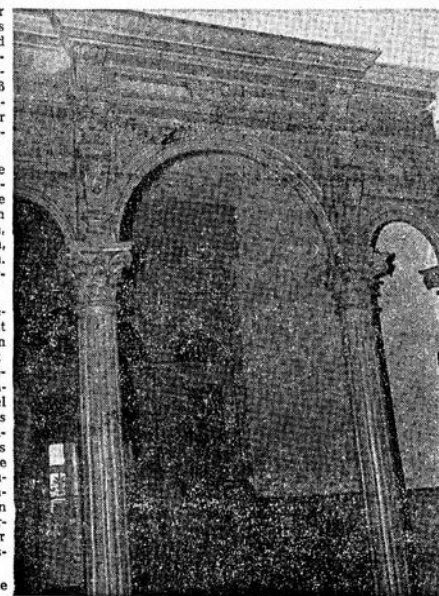
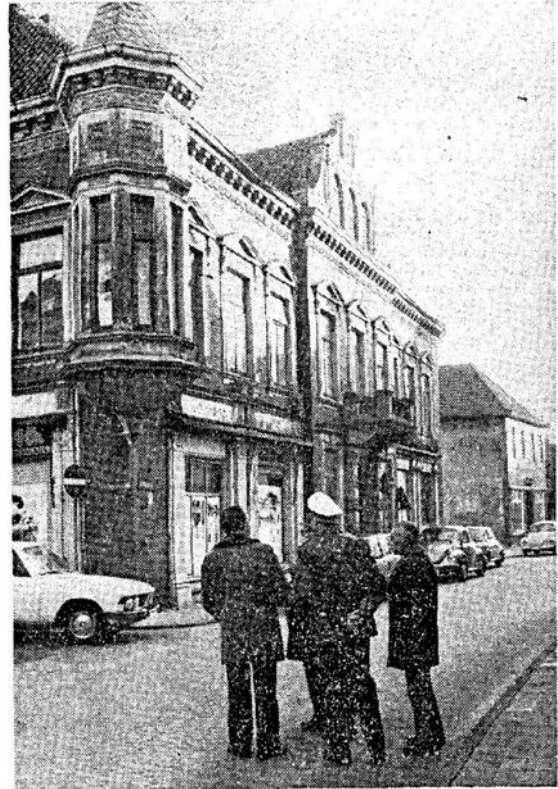


Abb.: Bericht in „Nordwest-Zeitung – Der Gemeinnützig“, 6. September 1975.



Abb.: „Schwabe-Villa“ im Dezember 1974.  
Sammlung Frerichs.

### Kreuzung wird voll gesperrt



Vertreter der Kommunen und der Polizei bei der Ortsbesichtigung  
an der Ecke Neumarkt-/Haferkampstraße. Bild: Müller

Abb.: Ausschnitt aus Bericht in „Nordwest-Zeitung –  
Der Gemeinnützig“, 26. November 1975.



Abb.: Foto nach dem Abriss der „Schwabe-Villa“, 6. Dezember 1975. Sammlung Frerichs.

## 1976 bis 1982: Keine öffentlichen Veranstaltungen und Initiativen oder besondere Ereignisse in der „Erinnerungsarbeit“ für Varel überliefert

### 1983:

**März 1983:** „...wie wenig Interesse diese Ausstellung hier in Varel findet....“

Anfang der 1980er Jahre beginnen in der Kreisstadt Jever Schüler der 10. bis 13. Jahrgänge des Mariengymnasiums im Rahmen eines Projektes „Juden Jever“ mit der Aufarbeitung der Geschichte der dortigen jüdischen Gemeinde. Es entsteht u.a. eine **Ausstellung, die vom 10. bis 17. März 1983 auch im „Allee-Hotel“ in Varel gezeigt wird.**

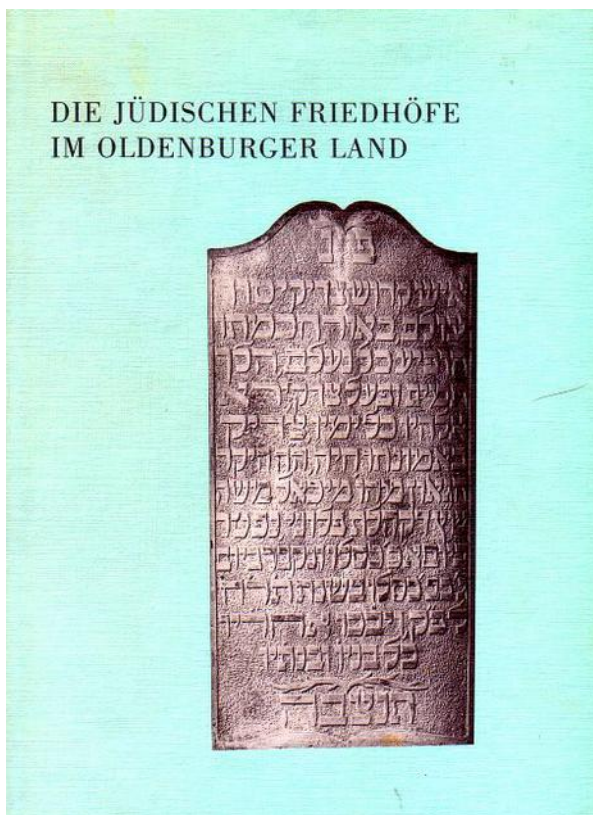
Ein Leser der Tageszeitung zeigt sich enttäuscht über das mangelnde Interesse der Vareler:

„Mein Anliegen ist es, hier meine Betroffenheit darüber zum Ausdruck zu bringen, wie wenig Interesse dieses Ausstellung hier in Varel findet.“

Im Verlaufe von über zwei Stunden **waren außer mir nur zwei weitere Personen dort anwesend.** Wenn es auch verständlich erscheinen mag, daß gegenüber diesem Thema eine gewisse Müdigkeit aufgekommen ist auf Grund vieler Sendungen und Beiträge in den öffentlichen Medien der letzten Jahre. Hier aber handelt es sich um das Schicksal von Mitbürgern unserer engen Heimat.

Um Menschen, zu denen sicher auch mancher heute noch lebender Bürger irgendeine Beziehung gehabt hat, und sei es nur als Mitschüler seiner Klasse.“

Quelle: Leserbrief Helmut Müller, Kommodore-Bonte-Straße 12, Varel, in „Nordwest-Zeitung“, 14. März 1983.



### 1983: Buch über jüdische Friedhöfe im Oldenburger Land mit Abschnitt über den Jüdischen Friedhof Varel-Hohenberge

Abb.: Titel der Veröffentlichung.

1979/80 werden von Mitarbeitern der Reichsuniversität Groningen (Niederlande) alle seinerzeit in Hohenberge noch gezählten 120 Grabsteine fotografisch erfasst und die hebräischen und deutschen Inschriften übersetzt bzw. transkribiert.

Die **Fotos und Texte erscheinen 1983** im von der Oldenburgischen Landschaft herausgegebenen Buch „Die jüdischen Friedhöfe im Oldenburger Land – Bestandsaufnahme der erhaltenen Grabsteine“.

Bearbeiter des bis heute unverzichtbaren Werkes ist Johannes-Fritz Töllner in Zusammenarbeit mit Wouter J. van Bekkum, Enno Meyer und Harald Schieckel. Der Abschnitt zu Varel umfasst einhundert Seiten. Nach dieser ersten wissenschaftlichen Erfassung der Steine und Grabinschriften in Hohenberge wird 1983 von Familienangehörigen nach-

träglich noch eine Marmorplatte für Salomon und Fanny Wolff gesetzt. Somit beträgt die heutige Zahl der Grabsteine tatsächlich 121.

## 1984: Keine öffentlichen Veranstaltungen und Initiativen oder besondere Ereignisse in der „Erinnerungsarbeit“ für Varel überliefert

### 1985:

#### 8. Mai 1985: „An den Rand der Geschichte gedrängt“

Im Mai 1985 jährt sich zum 40. Mal das Ende des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Zu den **Veranstaltungen einer „Friedensgruppe Varel“** zählt eine **Fahrradtour**, die vom Startplatz Rathaus zu Punkten im Stadtgebiet, „die einen Bezug zur nationalsozialistischen Vergangenheit Varels haben“, führt.

**Eine Station ist das Kaufhaus in der Drostenstraße 2**, von 1905 bis 1912 „Kaufhaus Gebrüder Lewin“ und bei dem 1985 an einer hinteren Hauswand noch der entsprechende Schriftzug zu lesen ist. **Weiteres Ziel der Rundfahrt ist der Jüdische Friedhof in Varel-Hohenberge.** Raimund Recksiedler informiert dort über den ihm bekannten historischen Hintergrund des Geländes. Er beklagt die Ignoranz der städtischen Chroniken und stellte fest, dass „das Judentum in Varel immer mehr an den Rand der Geschichte gedrängt wurde“.

## Aktionen zum 8. Mai

### Informationen und Radtour

**eb Varel/Bockhorn.** Einen öffentlichen Informationsabend veranstaltet die Friedensgruppe Varel am morgigen Dienstag, 7. Mai, um 20 Uhr im Evangelischen Jugendheim in der Schulstraße. Eine Zeitzeugin aus Varel berichtet von ihren Erfahrungen im „Dritten Reich“, bezogen auf Erlebnisse in Varel. Eine Gruppe junger Erwachsener aus Varel schildert ihre Eindrücke von einem Aufenthalt in Polen mit der „Aktion Sühnezeichen“ im März dieses Jahres und von ihrer Mitarbeit in der Gedenkstätte im ehemaligen KZ Maydanek. Die Polenfahrer starten am 8. Mai, dem Jahrestag der Kapitulation und damit dem Kriegsende 1945, eine weitere Aktion: Sie steuern ab 16.30 Uhr (Treffpunkt Rathaus-Parkplatz) mit dem Fahrrad zehn historische Orte im Stadtgebiet an, die einen Bezug zur nationalsozialistischen Vergangenheit haben und bei denen sie verdeutlichen wollen, „daß sich auch unsere Stadt damals nicht im Dornröschenschlaf befand“ Bereits am gestrigen Sonntag organisierte die Friedensgruppe Friesische Wehde zum 8. Mai eine Veranstaltung unter dem Motto „40 Jahre Kriegsende – nie wieder Krieg!“ Im Landgasthof Junker waren unter anderem Vorträge zu hören und Schülerarbeiten zum Frieden zu sehen.

Abb.: Ankündigung in „Nordwest-Zeitung – Der Gemeinnützig“, 6. Mai 1985.



Beim ehemaligen „Kaufhaus der Gebrüder Lewin“ in der Hindenburgstraße fragten die Teilnehmer der Radtour, wo die jüdischen Geschäfte geblieben sind; 1939 gab es angeblich kaum noch Juden in der Stadt. Hier wie an anderen Punkten, die sich auf die nationalsozialistische Vergangenheit Varels beziehen, hatten sie auch Spruchbänder ausgerollt: „Nie wieder Faschismus“



Bernhard Remmers, Organisator der Radtour: „Wenn wir aus der Geschichte lernen sollen, dann müssen wir sie auch kennenlernen.“ Er und andere junge Leute möchten nun weitere Vareler Daten und Fakten aus dem „Dritten Reich“ sammeln. Wer Informationen hat, möchte sich an Bernd Remmers, Schanzweg 2 in Varel-Bramloge (Tel. 04456/740) wenden.

Abb.: Ausschnitte aus „Nordwest-Zeitung – Der Gemeinnützig“, 10. Mai 1985.



**Der Opfer** des Nationalsozialismus gedachten junge Erwachsene – die „Polenfahrer“ – und ihre Gäste auf dem Judenfriedhof in Hohenberge. Sie waren die Einzigen, die am 8. Mai an dieser historischen Stätte Blumen niederlegten. Wohl hatten die Kirchen an dem Jahrestag der Kapitulation zu Andachten gerufen, doch hatte keine der politischen Parteien im gesamten sudfriesländischen Raum Feierstunden organisiert. Bilder: Müller

Abb.: Ausschnitt aus „Nordwest-Zeitung – Der Gemeinnützig“, 10. Mai 1985.

**1986/1987: Keine öffentlichen Veranstaltungen und Initiativen oder besondere Ereignisse in der „Erinnerungsarbeit“ für Varel überliefert**

**1988:**

**August 1988: Gründung Arbeitskreis „Geschichte der jüdischen Gemeinde Varel“ der Bildungsvereinigung „Arbeit und Leben“ des DGB**

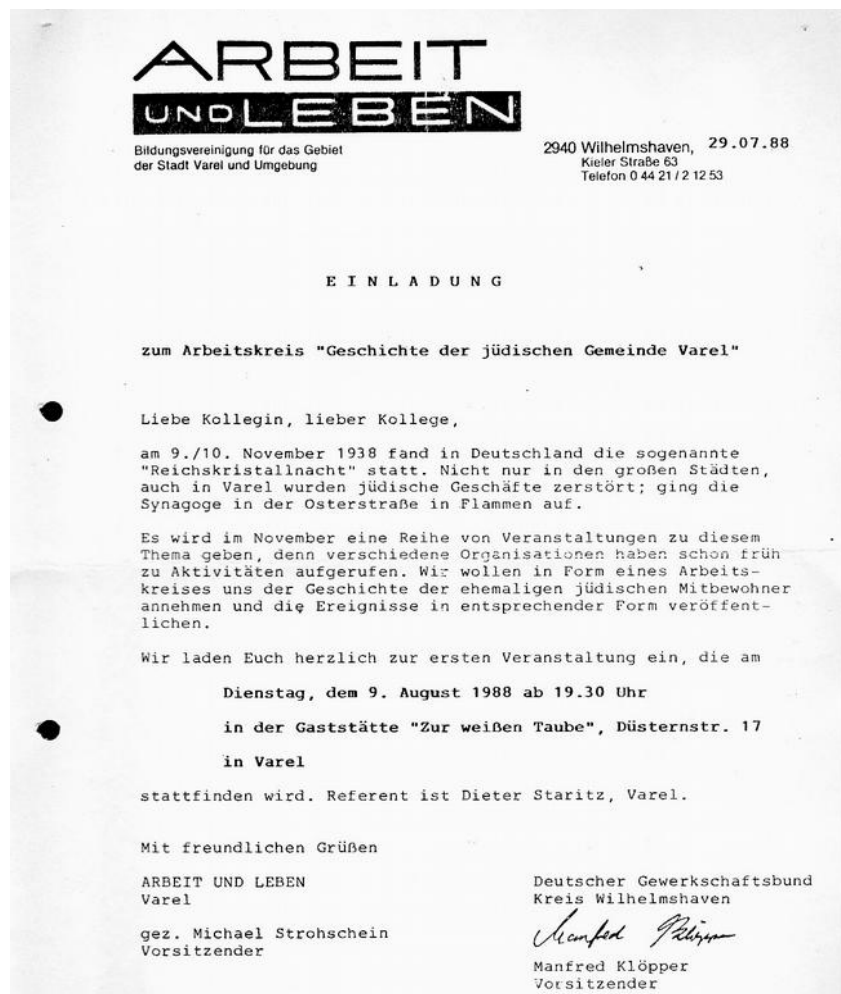


Abb.: Sammlung Frerichs.

<p>eb Varel. Am 9./10. November 1938 fand in Deutschland die sogenannte „Reichskristallnacht“ statt. Nicht nur in den großen Städten, auch in Varel wurden jüdische Geschäfte zerstört, ging die Synagoge in der Osterstraße in Flammen auf. Die Bildungs-</p>	<h2>Geschichte der Vareler Juden</h2> <p>vereinigung „Arbeit und Leben“ will sich in Form eines Arbeitskreises der Geschichte der ehemaligen jüdischen Mitbewohner annehmen und die</p>	<p>Ereignisse in entsprechender Form veröffentlichen. Die erste Veranstaltung zu diesem Thema findet am Dienstag, 9. August, um 19.30 Uhr in der Gaststätte „Zur weißen Taube“ statt. Referent ist Dieter Staritz, Varel. Alle Interessenten sind eingeladen.</p>
--	---	---

Abb.: Ankündigung in „Nordwest-Zeitung - Der Gemeinnützig“, 5. August 1988.

# Eine Gedenktafel soll an das Schicksal der jüdischen Gemeinde Varel erinnern

## Arbeitskreis will die Reichskristallnacht wieder aufarbeiten

eh Varel. Genau fünfzig Jahre ist es in der Nacht zum 10. November dieses Jahres her, daß in ganz Deutschland Synagogen und jüdische Geschäfte von Nationalsozialisten in Brand gesetzt oder zerschlagen wurden. Auch in Varel brannte in dieser sogenannten Reichskristallnacht die Synagoge der jüdischen Gemeinde in der Osterstraße, gegenüber der Schule. Ein Arbeitskreis der Bildungsvereinigung „Arbeit und Leben“ fordert, daß zur Erinnerung an das Geschehen rechtzeitig zum Jahrestag eine Gedenktafel aufgestellt wird.

Dieser Arbeitskreis „Juden in Varel“ hat sich kürzlich gebil-

det. Er will die Geschichte der jüdischen Gemeinde Varel und der Reichskristallnacht aufarbeiten, „um ein würdiges Gedenken zu ermöglichen“ erklärt der Vorsitzende von „Arbeit und Lernen“ Michael Strohschein. Während einer Einführungsveranstaltung, zu der vierzig Interessierte kamen, bildeten sich drei Arbeitsgruppen: eine Gruppe beschäftigt sich mit der Gedenktafel, sie wird in den nächsten Wochen Kontakt zur Stadtverwaltung aufnehmen; eine zweite Gruppe will das Schicksal der Vareler Juden im Dritten Reich aufarbeiten; die dritte befaßt sich mit

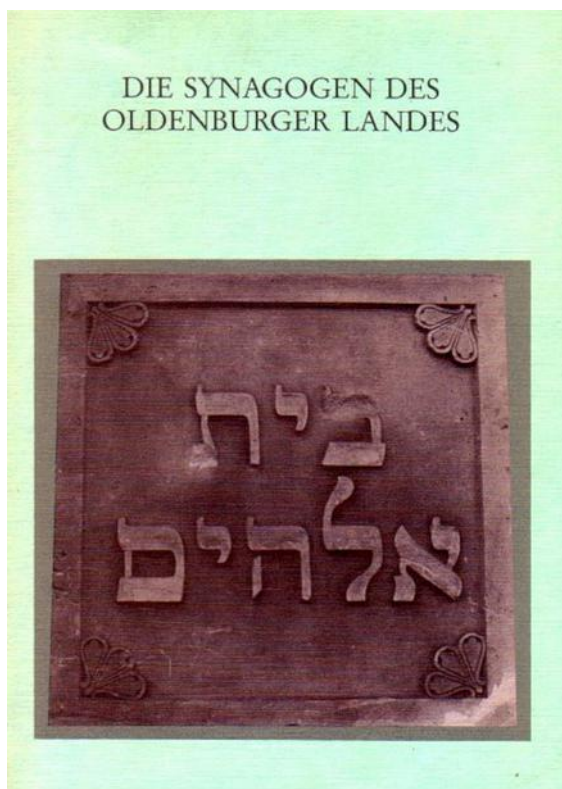
der Geschichte der jüdischen Gemeinde.

„Die jüdische Gemeinde Varel war sehr groß“ erzählt Dieter Staritz, der sich seit längerem mit dem Thema befaßt und bei der Veranstaltung seine bisherigen Kenntnisse vortrug. Um die Jahrhundertwende habe es 89 Juden in Varel gegeben. Zum Vergleich: In Oldenburg, dessen Gemeinde in Büchern stets als sehr groß bezeichnet werde, seien es 91 gewesen. Der jüdische Friedhof in Hohenberge sei der älteste im Oldenburger Land. Doch 1937 wurde Varel in einem Gestapo-Protokoll als „judenfrei“ gemeldet.

Die Schicksale der Vareler Juden sind kaum bekannt. Einigen Aufschluß darüber können vielleicht die Veröffentlichungen des Varelers Rudolf Brahm, heute Pastor in Minsen, im Herbst dieses und im Frühjahr nächsten Jahres geben (wir berichteten).

Der Arbeitskreis sieht seine Arbeit als Ergänzung. „Wir arbeiten zunächst auf den Jahrestag hin“ sagt Staritz. „Ob sich daraus ein historischer Arbeitskreis entwickelt, ist noch offen“ Alle, die mitarbeiten möchten, können sich mit Dieter Staritz, Tel. 04451/3131 in Verbindung setzen.

Abb.: Bericht in „Nordwest-Zeitung - Der Gemeinnützig“, 22. August 1988.



## Herbst 1988: Sammelband zur Geschichte der Synagogen im Oldenburger Land mit Beitrag von Rudolf Brahm zu Varel

Abb.: Titel der Veröffentlichung.

In Oldenburg erscheint im Herbst 1988 zum bevorstehenden **50. Jahrestag des Pogroms vom November 1938** der Sammelband „Die Synagogen des Oldenburger Landes“, in der auch ein **Beitrag von Rudolf Brahm über die Synagoge in Varel** enthalten ist. Rudolf Brahm schildert darin die Geschichte der Betstuben in Varel, das Schicksal der letzten jüdischen Bürger in Varel, den Ablauf der „Reichskristallnacht“ und die handelnden Personen sowie den Prozess gegen die Brandstifter. In einem Pressebericht zur bevorstehenden Veröffentlichung ist zu lesen: „50 Jahre mußte es dauern, bis endlich etwas geschrieben und dokumentiert wird über das Schicksal der Vareler jüdischen Gemeinde in der NS-Zeit. Was die meisten anderen Städte schon lange getan haben, eine Art Wiedergutmachung mit ihren damaligen

jüdischen Mitbürgern zu leisten durch Veröffentlichung ihrer Schicksale oder durch Setzen von Mahnsteinen und Gedenksteinen, das war in Varel bis jetzt tabu. Weder die Mehrheitspartei [Anm. H.F.: SPD] noch eine andere oder sonstige Gruppe fühlte sich berufen, hier etwas zur Vergangenheitsbewältigung zu tun. (...)“

Quelle: Helmut Popken in „Kreiszeitung Wesermarsch“ vom August 1988.

## 12. September 1988: Bildungsvereinigung „Arbeit und Leben“ stellt Antrag für Errichtung eines Mahnmals am Standort der Synagoge Varel in der Osterstraße 10

Im Zusammenhang mit dem bevorstehenden 50. Jahrestag der Pogromnacht beantragt am **12. September 1988** der „Arbeitskreis Juden“ der gewerkschaftlichen Bildungsvereinigung „Arbeit und Leben“, die Stadt Varel „möge bis zum 9.11.88 eine der Bedeutung der ‚Reichspogromnacht‘ angemessene Gedenktafel in Erinnerung an die geschändete und niedergebrannte Vareler Synagoge aufstellen“. Der Vareler Verwaltungsausschuss befürwortet zwar grundsätzlich den Antrag, hält es aber für „unzumutbar“, die Tafel auf dem Grundstück der ehemaligen Synagoge selbst aufzustellen, da dieses Grundstück im Privatbesitz ist (Arzt Dr. Maaß). Nach einigem Hin und Her plant der Stadtrat die Aufstellung auf dem gegenüberliegenden öffentlichen Grundstück (Schule Osterstraße).

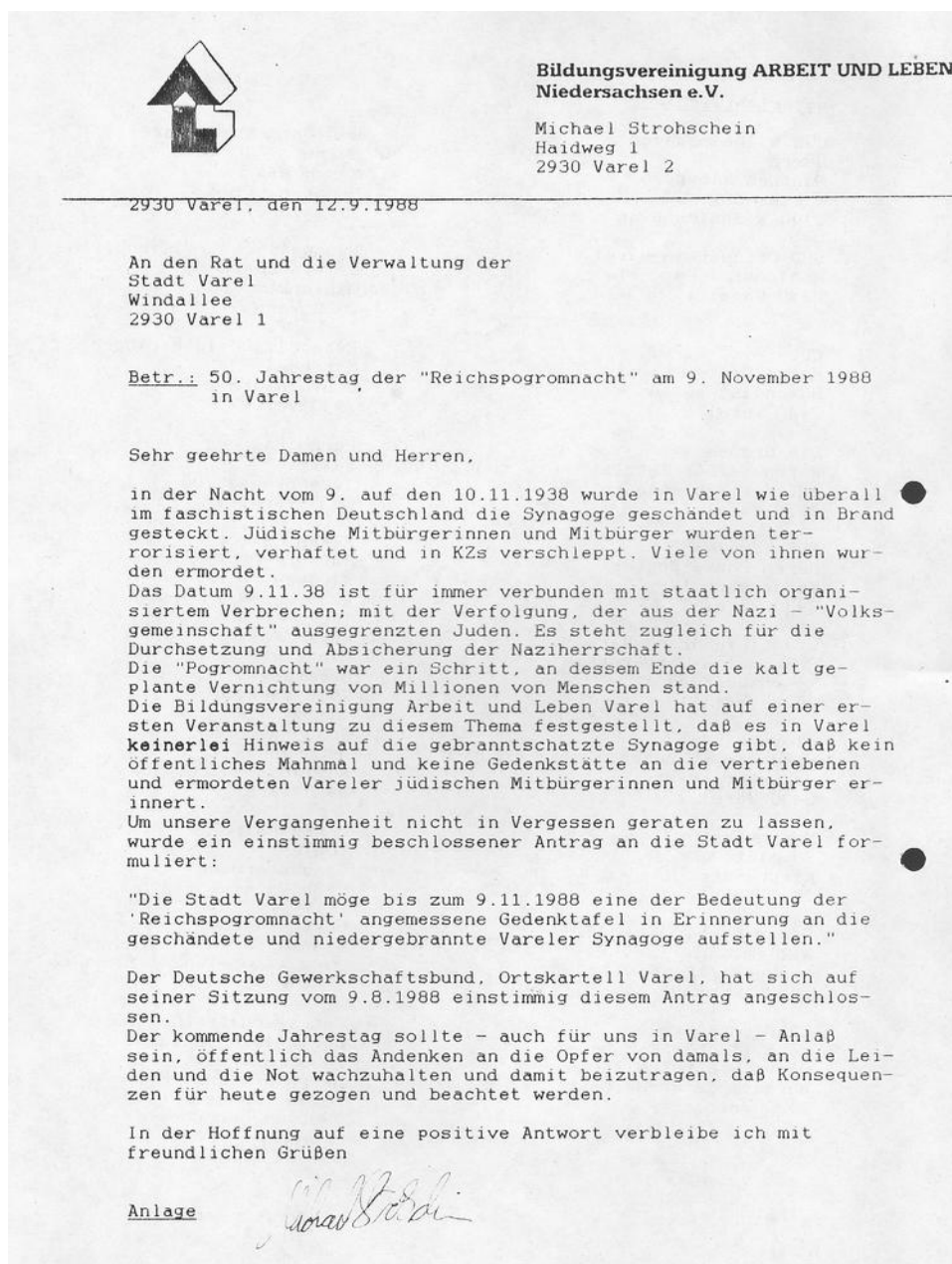


Abb.: Sammlung Frerichs.

**Oktober 1988:**

**Entfernung der Inschrift „Kaufhaus Gebrüder Lewin“ in der Drostenstraße 2**



Abb.: Sammlung Frerichs.



**An die Gebrüder Lewin** erinnerte bis vor kurzem noch eine Firmenaufschrift an dem Haus Ecke Hindenburgstraße/Drostenstraße. Inzwischen wurde dieses „letzte noch sichtbare Zeichen jüdischen Lebens in der Stadt“ so der Deutsche Gewerkschaftsbund, „durch Überstreichen zerstört“ Diese Tatsache wird vermutlich auch am heutigen Donnerstag zur Sprache kommen, wenn die Stadt Varel zu einer Gedenkstunde in das Lothar Meyer-Gymnasium lädt. Anlässlich der sogenannten „Reichskristallnacht“ vor 50 Jahren wird der Rasteder Pastor Brahms über die „Jüdische Gemeinde in Varel und den Novemberpogrom“ sprechen. Bild: privat

Abb.: Foto und Notiz in „Nordwest-Zeitung - Der Gemeinnützig“, 10. November 1988.

**11. November 1988: Gedenkveranstaltung in der Aula des Lothar-Meyer-Gymnasiums mit einem Vortrag von Rudolf Brahms**

ARBEIT UND LEBEN  
Bildungsvereinigung für das Gebiet  
der Stadt Varel und Umgebung

- EINLADUNG -

Liebe Kollegin  
lieber Kollege,

am 9. und 10. November 1988 jährt sich zum 50. Mal der Tag, an dem in Deutschland die jüdischen Synagogen angezündet und geschändet wurden.

Der Arbeitskreis "Jüdische Gemeinde Varel" möchte Euch auf zwei Veranstaltungen aufmerksam machen, die an dieses Ereignis erinnern und beitragen möchten, ein Stück unserer jüngsten Vergangenheit ins Bewußtsein zurückzurufen.

10. November 1988:

Vortrag von Pastor Brahms zum Thema " Die jüdische Gemeinde Varel und der Novemberpogrom "

17.00 Uhr Aula des Gymnasiums Varel

11. November 1988:

Vortrag von Dr. W.-D.Scholz zum Thema " Von der Judenfeindschaft zur Judenvernichtung - Ursachen und Folgen des Antisemitismus in Deutschland."

Aussprache - Andacht gehalten von Pastor H.-J. Jürgens zum Gedenken an die Opfer des 9. November 1938 und des Holocaust.

20.00 Uhr Evangelisches Gemeindehaus Varel (neben der Schloßkirche)

Mit freundlichen Grüßen

ARBEIT UND LEBEN  
Varel

gez. Michael Strohschein  
Vorsitzender

Deutscher Gewerkschaftsbund  
Kreis Wilhelmshaven

gez. Manfred Klöpffer  
Vorsitzender

Abb.: Sammlung Frerichs.



Abb.: „Nordwest-Zeitung, Der Gemeinnützig“, 10. November 1988.



Vor der Gedenkstunde im Gymnasium: (von links) Bürgermeister MdL Karl-Heinz Funke, Referent Pastor Rudolf Brahm, Stadtdirektor August Osterloh und der stellvertretende Landrat Walter Heidenreich.  
Bild: Hippen

Abb.: „Nordwest-Zeitung - Der Gemeinnützig“, 12. November 1988.

Im Pressebericht zur Veranstaltung in der Aula des Vareler Gymnasiums ist u.a. zu lesen:

„(...) Die Aula war bis auf den letzten Platz gefüllt, als Pastor Rudolf Brahm aus Minsen die Geschehnisse am 10. November 1938 in Varel schilderte. (...).

Im Gymnasium sprach zunächst Bürgermeister MdL Karl-Heinz Funke vor den Teilnehmern der Gedenkstunde, zu denen auch der stellvertretende Landrat Walter Heidenreich und Stadtdirektor August Osterloh gehörten. (...).

'Es ist eine Aufgabe der Älteren, den Jüngeren diese Verantwortung für das Leiden derer einsichtig zu machen, die getötet wurden, weil sie Juden waren', begann Pastor Brahm seine Ausführungen. (...). Karl-Heinz Funke leitete eine Gedenkminute ein für 'diese Mitbürger, die in unserer Stadt Varel ihre Heimat hatten, hier arbeiteten, für diese Jungen und Mädchen, die in Varel zur Schule gingen und hier ihre Spielkameraden hatten'.

Schüler und Schülerinnen des Lothar-Meyer-Gymnasiums trugen die Ringparabel aus Gotthold Ephraim Lessings 'Nathan der Weise' vor und interpretierten die Todesfuge Paul Celans: 'Der Tod ist ein Meister aus Deutschland'.

Kerstin Boxberger begleitete die Gedenkstunde auf dem Klavier mit Arnold Schönbergs opus 11,2 und Ludwig von Beethovens Largo maestro aus der Sonate Nummer 7. (...).“

Quelle: Bericht in der „Nordwest-Zeitung - Der Gemeinnützig“, 12. November 1988.

## 1989:

**Keine öffentlichen Veranstaltungen und Initiativen oder besondere Ereignisse in der „Erinnerungsarbeit“ für Varel überliefert**